

# Die Industrie- und Handelskammer als Mittler zwischen Staat und Wirtschaft

zum IHK-Auftrag vor den Herausforderungen  
in Gegenwart und Zukunft

Von Professor Dr. jur. Rolf Stober  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster



Carl Heymanns Verlag KG · Köln · Berlin · Bonn · München

# Inhaltsübersicht

§ 1	Zur Diskussion des IHK-Rechts in Theorie und Praxis .....	1
§ 2	Das IHK-Recht im Spiegel der Kammeraufgaben.....	31
§ 3	Verfassungsrechtliche Zwecke des IHK-Rechts .....	57
§ 4	Verfassungs- und verwaltungspolitische Zwecke des IHK-Rechts .	75
§ 5	Verwaltungsrechtliche Zwecke des IHK-Rechts.....	85
§ 6	Essentielle Strukturelemente des IHK-Rechts .....	101
§ 7	Die IHK als idealer Mittler zwischen Staat und Wirtschaft .....	113

# Inhalt

Vorwort .....	V
Geleitwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	XI
Abkürzungen .....	XVII
<b>§ 1 Zur Diskussion des IHK-Rechts in Theorie und Praxis.....</b>	<b>1</b>
I. Das IHK-Gesetz als Ausgangspunkt für Fragestellungen .....	1
II. Das IHK-Recht zwischen Bewährung und neuen Bewährungsproben .....	5
III. Alte und neue Herausforderungen .....	7
1. Legitimationsprobleme des Kammerrechts .....	7
2. Bürokratiekritik und Wandel des Verwaltungshandelns	9
3. Anforderungen der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft an die Kammern .....	11
4. Die Kammern im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte	12
5. Fortschreibung des Regionalauftrages .....	13
6. Strukturwandel und Kammerzugehörigkeit .....	14
7. Kammerauftrag und Umweltschutz .....	15
8. Weitere gesellschafts-, wirtschafts-, rechts- und ordnungspolitische Herausforderungen .....	17
IV. Meinungsstand und Kritik .....	18
1. Rechtsetzung und Rechtspolitik .....	18
2. Rechtsprechung .....	20
3. Schrifttum .....	21
V. Die Bedeutung der IHK in Verfassung, Politik und Verwaltung als Lösungsansatz .....	25
1. Die Bedeutung des IHK-Rechts als Schlüssel für eine sachgerechte Interpretation .....	25
2. Gang der Untersuchung .....	28
<b>§ 2 Die Vielfalt der Kammeraufgaben .....</b>	<b>31</b>
I. Einzelne methodische Ansätze zur Ermittlung der Kammeraufgaben .....	31
II. Kammeraufgaben aus der Sicht des Wirtschafts- verwaltungsrechts .....	32
1. Wirtschaftliche Infrastrukturaufgaben .....	32
	XI

2.	Wirtschaftsstatistikaufgaben .....	35
3.	Wirtschaftsplanungsaufgaben .....	36
4.	Wirtschaftsüberwachungsaufgaben .....	37
5.	Umweltschutzaufgaben .....	38
6.	Wirtschaftslenkungsaufgaben .....	39
7.	Wirtschaftsförderungsaufgaben .....	40
III.	Kammeraufgaben aus der Sicht des Kammerverwaltungs- handelns .....	41
IV.	Kammeraufgaben aus der Sicht der Selbstverwaltung .....	42
V.	Kammeraufgaben aus der Sicht der klassischen Aufgabentrias .....	44
VI.	Kammeraufgaben aus der Sicht der Normenhierarchie .....	44
VII.	Kammeraufgaben aus der Sicht der Serviceleistungen .....	45
VIII.	Kammeraufgaben von A-Z .....	46
<b>§ 3</b>	<b>Verfassungsrechtliche Zwecke des IHK-Rechts .....</b>	<b>57</b>
I.	Verfassungsrechtliche Ausgangslage .....	57
1.	Wirtschaftsverfassungsrechtliche Offenheit des Grundgesetzes .....	57
2.	Unerheblichkeit des Landesverfassungsrechts und Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers .....	58
3.	Kammerrechtliche Relevanz des EWG-Vertrages .....	59
II.	Kammerrechtlich relevante Prinzipien im Verfassungsrecht ..	60
1.	Sozialstaatsprinzip .....	60
2.	Rechtsstaatsprinzip .....	61
3.	Bundesstaatsprinzip .....	63
4.	Demokratieprinzip .....	66
5.	Umweltschutzprinzip .....	68
III.	Kammerrechtliche Relevanz der Grundrechte .....	69
1.	Wirtschaftliche Freiheit und Pflichtmitgliedschaft .....	69
2.	Kammerauftrag und Konkurrenz .....	71
<b>§ 4</b>	<b>Verfassungs- und verwaltungspolitische Zwecke des IHK-Rechts .....</b>	<b>75</b>
I.	Kammerselbstverwaltung als Systemkonsequenz der Marktwirtschaft .....	75
II.	Kammerselbstverwaltung als Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips .....	76
III.	Einbindung der Kammerselbstverwaltung in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung .....	78

IV.	Kammerselbstverwaltung als Konkretisierung des Kooperationsprinzips .....	79
V.	Kammerselbstverwaltung und Wettbewerb .....	80
VI.	Kammerselbstverwaltung als Konkretisierung des Ethikprinzips .....	80
VII.	Kammerselbstverwaltung als Konkretisierung der Kulturstaatsklausel .....	81
VIII.	Kammerselbstverwaltung als Konkretisierung der Verwaltungsökonomie .....	82
IX.	Kammerselbstverwaltung als Konkretisierung des Solidaritätsprinzips .....	84
<b>§ 5</b>	<b>Verwaltungsrechtliche Zwecke des IHK-Rechts .....</b>	<b>85</b>
I.	Zur Systematisierung der verwaltungsrechtlichen Zwecke ....	85
II.	Allgemeine verwaltungsrechtliche Zwecke .....	85
	1. Eigenverantwortliche Erledigung von Verwaltungsaufgaben .....	85
	2. Gemeinwohlbindung .....	86
III.	Besondere kammerrechtliche Zwecke .....	87
	1. Objektivrechtliche Zwecke des Kammerrechts .....	87
	a) Objektivrechtliche Zwecke des Kammerrechts .....	87
	aa) Nutzung des wirtschaftlichen Sachverstandes der Kammern .....	87
	(1) Formelle und informelle Nutzung zur Vorbereitung staatlicher Entscheidungen .....	87
	(2) Materielle Nutzung zur staatlichen Entlastung von Wirtschaftsverwaltungsaufgaben .....	89
	bb) Nutzung personeller und sächlicher Kammerressourcen zur Erledigung staatlicher Aufgaben .....	90
	b) Gesamtwirtschaftsorientierte Zwecke .....	90
	aa) Gesamtinteressenvertretung des Kammerbezirks .....	90
	bb) Gesamtinteressenförderung des Kammerbezirks .....	91
	cc) Entbürokratisierung im Kammerbezirk .....	91
	dd) Wettbewerb im Kammerbezirk .....	92
	2. Subjektivrechtliche Zwecke des Kammerrechts .....	92
	a) Mitgliedschaftsrechtliche Zwecke .....	92
	aa) Partizipationszwecke .....	92

bb)	Keine mitgliedschaftsrechtlichen Leistungszwecke .....	93
b)	Subjektivrechtliche Zwecke aus Sonder- rechtsverhältnissen .....	93
c)	Allgemein subjektivrechtliche Zwecke des Kammerrechts .....	94
aa)	Besondere Rechtsgrundlagen .....	94
bb)	Zur Interpretation des § 1 IHK-Gesetz .....	95
cc)	Rechtsschutzfragen (Kammerverfassungs- streitverfahren und Mitgliederklagen) .....	98
IV.	Prinzipielle Gleichwertigkeit der Zwecke .....	98
<b>§ 6</b>	<b>Essentielle Strukturelemente des IHK-Rechts</b> .....	<b>101</b>
I.	Zur Notwendigkeit adäquater Organisationsformen und Hoheitsrechte für die Kammern .....	101
II.	Einzelne Hoheitsrechte .....	103
1.	Bezirksgebietshoheit .....	103
2.	Pflichtmitgliedschaft und Recht auf demokratische Mitwirkung .....	104
3.	Aufgaben- und Satzungshoheit .....	105
4.	Finanz-, Haushalts- und Abgabenhöheit .....	107
5.	Organisationshoheit .....	109
6.	Personal- und Ehrenamtshoheit .....	109
7.	Kooperationshoheit .....	111
III.	Beschränkung der Staatsaufsicht auf Rechtsaufsicht . .....	112
<b>§ 7</b>	<b>Die IHK als idealer Mittler zwischen Staat und Wirtschaft</b> .....	<b>113</b>
I.	Zur besonderen Verantwortung der IHK im Staatsgefüge .....	113
II.	Die Rolle der IHK bei der Bewältigung konkreter Herausforderungen .....	116
1.	Zur Legitimation der Kammerverwaltung .....	116
a)	Zur Pflichtmitgliedschaft bei den Industrie- und Handelskammern .....	116
b)	Zur Einbindung in konsensuales Staats- und Verwaltungshandeln .....	118
c)	Zur Mitbestimmung bei der Kammerverwaltung ..	120
2.	Zur Rolle der IHK in der Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft . .....	124
3.	Zur Rolle der IHK im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte .....	126

---

4.	Zur Rolle der IHK in der regionalen Wirtschaftspolitik .....	127
5.	Zur Rolle der IHK im beruflichen Strukturwandel .....	131
6.	Zur Rolle der IHK im Umweltschutz .....	132
7.	Zur Rolle der IHK in der Gesellschafts-, Wirtschafts-, Rechts- und Ordnungspolitik .....	133
	a. Zum Ausbau bestehender und zur Übernahme neuer Aufgaben .....	133
	b. Zur Bewältigung von Ethikproblemen .....	135
8.	Zur Präsentation der Kammerverwaltung . .....	136
	Stichwortregister .....	139
	Abbildungsverzeichnis.....	162
	Literatur.....	163
	Materialien .....	181